

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/031/2021

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 15.11.2021

Zu Punkt 8: Haushalt 2022/2023
--

Die Vorsitzende ruft die relevanten Produkte, soweit sie in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallen, auf. Die Anträge der Verwaltung stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden, relevanten Produkte 01.11.01 (Rechtsberatung und -vertretung), 02.01.01 (Wahlen), 02.02.01 (Ordnungsangelegenheiten), 02.02.02 (Personenstandswesen), 02.02.03 (Bußgeldstelle), 02.03.01 (Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten), 02.04.01 (Verbraucherschutz), 02.04.03 (Veterinärwesen), 02.05.01 (Verkehrssicherheit), 02.05.02 (Fahr- und Beförderungserlaubnisse), 02.05.03 (Zulassungsangelegenheiten), 02.06.01 (Feuerschutz), 02.06.02 (Leitstelle), 02.06.03 (Kreisfeuerwehrschule), 02.07.01 (Allgemeiner Rettungsdienst), 02.07.02 (Notarztversorgung), 02.08.01 (Zivil- und Katastrophenschutz), 11.01.01 (Verwertung und Entsorgung von Abfällen) und 11.01.02 (Deponiebetrieb) werden jeweils nach den jeweiligen Beratungen einstimmig angenommen.

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)

Zum Produktbereich 02 liegt eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Herr Hanheide bedankt sich bei der Fraktion für das Interesse am Gefahrenabwehrbereich. Er berichtet, dass das jetzige Amt 38, welches von Herrn Schams geleitet wird, in letzter Zeit eine erhebliche Entwicklung durchlebt habe. Mit der Unterstützung des Kreistages konnten in letzter Zeit insbesondere der Bau des Gefahrenabwehrzentrums mit neuer Kreisleitstelle und überörtlichen Ausbildungseinrichtungen für die Feuerwehren, die Aktualisierung des Rettungsbedarfsplans und die Gründung der Feuerwehrschule umgesetzt werden. Herr Hanheide betont zudem, dass der nächste Lehrgang der Feuerwehrschule wieder ausgebucht sei. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, diese Umsetzungen in der Praxis zu verstetigen. Herr Hanheide teilt in Beantwortung der Anfrage mit, dass alle notwendigen Mittel für den anstehenden Doppelhaushalt nach derzeitigem Stand auskömmlich geplant wurden. Sollten darüber hinaus finanzielle Mittel benötigt werden, könnten diese ggf. über den Nachtragshaushalt angemeldet werden.

Frau KA Gafari erläutert, dass die Fraktion die Anfrage gestellt habe, da Herr Schams im Rahmen der letzten Sitzung geäußert habe, dass im Bereich des Bevölkerungsschutzes der Aspekt der digitalen Kommunikation verbesserungswürdig sei.

Produkte 02.02.03 bis 11.01.01

Produkt 02.02.03

Herr KA Switalski hat eine Nachfrage zum Produkt 02.02.03. Er erkundigt sich, ob der neue Bußgeldkatalog zum Straßenverkehr zu einer Erhöhung der Einnahmen führen müsste und ob dies bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden sei.

Herr Hanheide führt aus, dass es durch den neuen Bußgeldkatalog vermutlich zu einer Erhöhung der Erträge komme. Er erwartet damit einhergehend jedoch einen höheren Widerstandswillen der Betroffenen bei der Begleichung der Bußgelder bzw. eine vermehrte Zahl an Einsprüchen. Es solle zunächst abgewartet werden, wie sich die Arbeitsbelastung der Bußgeldstelle entwickelt.

Produkt 02.04.03

Herr Hanheide teilt zum Veränderungsantrag der Verwaltung mit, dass im Rahmen der Kreistierzuchtberatung zusätzlich zum Vertrag mit der Stadt Remscheid ein Vertrag mit der Stadt Wuppertal ab dem Jahr 2022 abgeschlossen werden konnte. Für die vereinbarten Leistungen der Kreistierzuchtberaterin erstattet die Stadt Wuppertal den im Veränderungsantrag genannten Betrag.

Antrag der Verwaltung

Seite 426 Zeile 6 im Ergebnisplan

Zeile 6	2022	2023	2024	2025	2026
HH-Ansatz in €	34.500	36.500	36.500	36.500	36.500
Ansatz (neu) in €	40.500	42.500	42.500	42.500	42.500
Differenz in €	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000

Finanzplan stimmt mit dem Ergebnisplan überein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.05.01

Herr Hanheide teilt zum Veränderungsantrag der Verwaltung mit, dass irrtümlich Mittel für Wartungen, Eichungen und Reparaturen von stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen für die nächsten Jahre nicht in den Haushalt eingeplant wurden. Dies solle mit dem Veränderungsantrag nachgeholt werden.

Zum Gesamtprodukt 02.05.01 erkundigt sich Herr KA Kammann, wieso die Anzahl der Beförderungserlaubnisse geringer werden, die Stellenanteile aber gleichbleiben.

Herr Hanheide berichtet, dass zwischenzeitlich bedingt durch eine Änderung der Rechtslage weniger Großraum- und Schwertransportgenehmigungen bearbeitet wurden. Ob dies zukünftig so bleibe, sei noch nicht abschätzbar. Aufgrund dessen werden die Stellenanteile zunächst beibehalten. Er weist zudem daraufhin, dass nicht alle Stellen besetzt seien.

Antrag der Verwaltung

Seite 433 Zeile 13 im Ergebnisplan

Zeile 13	2022	2023	2024	2025	2026
HH-Ansatz in €	89.000	89.500	89.500	85.500	85.500
Ansatz (neu) in €	126.500	127.000	127.00	123.000	123.000
Differenz in €	37.500	37.500	37.500	37.500	37.500

Finanzplan stimmt mit dem Ergebnisplan überein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.06.03:

Herr KA Kammann erkundigt sich, wieso in der Berechnung mit 40 Lehrgangs-teilnehmern gerechnet wurden sei, obwohl nur 30 Personen an den Lehrgängen teilnehmen.

Die Frage wird, wie in der Sitzung zugesagt, im Rahmen der Niederschrift wie folgt beantwortet:

Der 18-monatige Lehrgang besteht kalkulatorisch aus 30 Teilnehmern. Da die Lehrgänge in einem Turnus von neun Monaten beginnen und sich somit um neun Monate überschneiden, decken die Gebühren der 30 Teilnehmer 9/12 der Jahreskosten der Feuerweherschule. Somit entsprechen 12/12 genau 40 Teilnehmer, welche der Kalkulation für die jährlichen Kosten zugrunde gelegt werden.

Produkt 02.07.02

Herr Hanheide erklärt, dass der Veränderungsantrag der Verwaltung die Konsequenz der Beschlussfassungen zum Tagesordnungspunkt 5 sei.

Antrag der Verwaltung

Seite 497 Zeile 4 im Ergebnisplan

Zeile 4	2020	2021	2022	2023	2024
HH-Ansatz in €	9.030.700	9.030.700	9.030.700	9.030.700	9.030.700
Ansatz (neu) in €	8.883.000	8.877.400	8.875.200	8.875.200	8.875.200
Differenz in €	-147.700	-153.300	-155.500	-155.500	-155.500

Seite 499 Zeile 9 im Finanzplan

Zeile 9	2022	2023	2024	2025	2026
HH-Ansatz in €	8.630.750	8.630.750	8.630.750	8.630.750	9.030.750
Ansatz (neu) in €	8.183.050	8.677.450	8.875.250	8.875.250	8.875.250
Differenz in €	-447.700	46.700	244.500	244.500	-155.500

Seite 497 Zeile 13 im Ergebnisplan

Zeile 13	2022	2023	2024	2025	2026
HH-Ansatz in €	7.193.450	7.194.450	7.195.250	7.196.450	7.197.450
Ansatz (neu) in €	7.087.600	7.088.600	7.089.400	7.090.600	7.091.600
Differenz in €	-105.850	-105.850	-105.850	-105.850	-105.850

Seite 499 Zeile 16 im Finanzplan

Zeile 16	2022	2023	2024	2025	2026
HH-Ansatz in €	7.930.900	7.933.200	7.945.500	7.985.000	7.970.300
Ansatz (neu) in €	7.825.050	7.827.350	7.839.650	7.852.150	7.864.450
Differenz in €	-105.850	-105.850	-105.850	-105.850	-105.850

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 11.01.01

Antrag der Verwaltung

Seite 944 Zeile 4 im Ergebnisplan

Zeile 4	2022
HH-Ansatz in €	21.560.238
Ansatz (neu) in €	21.825.488
Differenz in €	265.250

Seite 944 Zeile 5 im Ergebnisplan

Zeile 5	2022
HH-Ansatz in €	2.885.800
Ansatz (neu) in €	3.017.800
Differenz in €	132.000

Seite 944 Zeile 6 im Ergebnisplan

Zeile 6	2022
HH-Ansatz in €	911.500
Ansatz (neu) in €	952.650
Differenz in €	41.150

Seite 944 Zeile 13 im Ergebnisplan

Zeile 13	2022
HH-Ansatz in €	24.569.300
Ansatz (neu) in €	24.986.400
Differenz in €	417.100

Seite 944 Zeile 28 im Ergebnisplan

Zeile 28	2022
HH-Ansatz in €	189.288
Ansatz (neu) in €	210.588
Differenz in €	21.300

Finanzplan stimmt mit dem Ergebnisplan überein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr Hanheide berichtet, dass die FDP-Fraktion eine Anfrage bezüglich der Gesamtkosten des Impfzentrums gestellt habe, welche zusätzlich zum Gesundheitsausschuss auch in diesem Ausschuss beantwortet werden solle. Die Gesamtkosten des Impfzentrums betragen nach bisherigen Ermittlungen rund 4,15 Millionen €; die sich wie folgt zusammensetzen:

Kosten Hilfsorganisationen	ca. 1,3 Mio. €
Mieten Gebäude und Parkplätze	ca. 0,93 Mio. €
Personalkosten	ca. 0,81 Mio. €
Sicherheitsdienst	ca. 0,54 Mio. €
Betriebs- und Rückbaukosten	ca. 0.57 Mio. €

Die Kosten für das Impfzentrum werden dem Kreis vom Land erstattet.

GESAMTABSTIMMUNG:

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2022/2023 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, den Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen